

**Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand,
Lebensqualität**
Kurzprotokoll
21. Sitzung

Berlin, den 24.09.2012, 13:15 Uhr
Sitzungsort: Paul-Löbe-Haus
Sitzungssaal: E 700
-öffentlich-

Vorsitz: Daniela Kolbe (Leipzig), MdB

TAGESORDNUNG:

Vor Eintritt in die Tagesordnung S. 7

Tagesordnungspunkt 1 S. 8

Beratung und Verabschiedung des Berichts der Projektgruppe 3 sowie Besprechung von Gestaltungsmöglichkeiten bei Entkopplungsprozessen
hierzu: Kommissionsdrucksache 17(26)82

Tagesordnungspunkt 2 S. 24

Beschlussfassung über die Durchführung von öffentlichen Anhörungen am
- 15. Oktober 2012 "Zukunft der Arbeit" mit den Sachverständigen Prof. Dr. Adelheid Biesecker und Prof. Dr. Michael Hüther
- 22. Oktober 2012 "Grundzüge der Ordnungspolitik im Rahmen der europäischen Integration unter Berücksichtigung der Nachhaltigkeit der Verschuldung (öffentlich und privat), der Bedeutung staatlicher Aufgaben und Ausgaben sowie nachhaltige Finanzwirtschaft" mit den Sachverständigen Prof. Dr. Clemens Fuest und Prof. Dr. Gustav A. Horn
- 05. November 2012 "Nachhaltiges Wirtschaften am Beispiel der Chemiebranche, ordnungspolitische Voraussetzungen und Konsequenzen" mit den Sachverständigen Prof. Dr. Uwe Lahl und Dr. Gerd Romanowski

Tagesordnungspunkt 3 S. 30

Berichte aus den Projektgruppen

Tagesordnungspunkt 4 S. 32

Verschiedenes



Sitzung der Enquete-Kommission " Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität "
 Montag, 24. September 2012, 13:15 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<u>CDU/CSU</u>		<u>CDU/CSU</u>	
Bilger, Steffen	Göppel, Josef
Heider Dr., Matthias	Klamt, Ewa
Middelberg Dr., Mathias	Klimke, Jürgen
Nüßlein Dr., Georg	Linnemann Dr., Carsten
Vogelsang, Stefanie	Murmann Dr., Philipp
Zimmer Dr., Matthias	Schön (St. Wendel), Nadine
<u>SPD</u>		<u>SPD</u>	
Arndt-Brauer, Ingrid	Groß, Michael
Bulmahn, Edelgard	Heil (Peine), Hubertus
Kolbe (Leipzig), Daniela	Kelber, Ulrich
Wolff (Wolmirstedt), Waltraud	Schaaf, Anton
<u>FDP</u>		<u>FDP</u>	
Bernschneider, Florian	Kauch, Michael
Meierhofer, Horst	Simmling, Werner
Skudelny, Judith	Vogel (Lüdenscheid), Johannes
<u>DIE LINKE.</u>		<u>DIE LINKE.</u>	
Leidig, Sabine	Birkwald, Matthias W.
Lötzer, Ulla	Bulling-Schröter, Eva

Sitzung der Enquete-Kommission " Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität "
Montag, 24. September 2012, 13:15 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

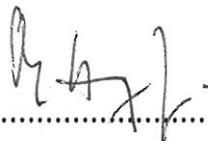
Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<u>BÜ90/GR</u>		<u>BÜ90/GR</u>	
Gambke Dr., Thomas	Walter-Rosenheimer, Beate
Ott Dr., Hermann	Wilms Dr., Valerie

Anwesenheitsliste

Sitzung der Enquete-Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität"

als sachverständige Mitglieder

Betzüge Prof. Dr., Marc Oliver



Bracht van, Georg

Brand Prof. Dr., Ulrich

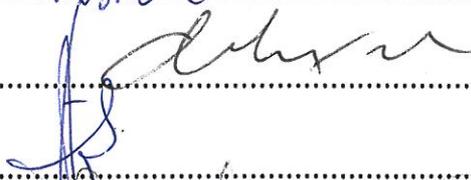


Carstensen Prof. Dr., Kai

Habisch Prof. Dr., André

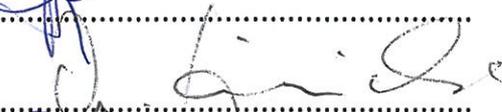


Hexel, Dietmar

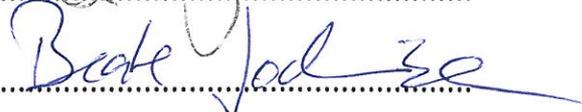


Hölz Prof., Hanns Michael

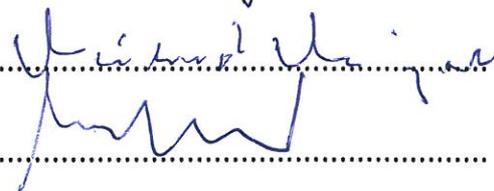
Jänicke Prof. Dr., Martin



Jochimsen Prof. Dr., Beate



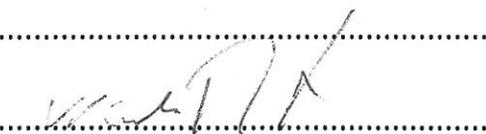
Miegel Prof. Dr., Meinhard



Müller, Michael

Paqué Prof. Dr., Karl-Heinz

Reuter Dr., Norbert



Schmidt Prof. Dr., Christoph

Schneidewind Prof. Dr., Uwe



Unger Dr., Brigitte

Wagner Prof. Dr., Gert



Montag, 24. September 2012, 13:15 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

CDU/ CSU

.....

SPD

.....

FDP

.....

DIE LINKE.

.....

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

.....

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

MISLIN, ALEXANDER

CDU/CSU

MODES, JULIA

FDP

Schwoefel, Ragnus

FDP

Popp, Christel

CDU

Ministerium
bzw. Dienststelle
(bitte Druckschrift)

Name
(bitte Druckschrift)

Dienststellung
(bitte
nicht abgekürzt)

Unterschrift

BMBF

Ruyter-Pitztek

RDin

Ruyter-Pitztek

Bundesrat:
(bitte Druckschrift)

Unterschrift

Dienststellung
(bitte
nicht abgekürzt)

Land

Beginn der Sitzung: 13.19 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) begrüßt die Teilnehmer an dieser ersten Sitzung der Enquete-Kommission nach der Sommerpause. Sie informiert anschließend über personelle Veränderungen in der Kommission. In der Nachfolge für Prof. Dr. Henrik Enderlein sei die von der SPD benannte Frau Prof. Dr. Brigitte Unger als Sachverständige berufen worden. Damit verdopple sich der Frauenanteil unter den Sachverständigen. Frau Prof. Dr. Unger, die heute noch nicht an der Sitzung teilnehme, stamme aus Österreich und sei wissenschaftliche Direktorin der Hans-Böckler-Stiftung. Seit 2002 sei sie Universitätsprofessorin in Utrecht mit den Schwerpunkten Makroökonomie, Staatsschulden, Sozialpartnerschaft, Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik und Steuerhinterziehung/Geldwäsche. Außerdem begrüßt sie Abg. Horst Meierhofer (FDP), der als Nachfolger für die Abg. Claudia Bögel neu in die Kommission eingetreten sei.

Abg. Horst Meierhofer (FDP) stellt sich kurz vor und erläutert, dass er stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion im Ausschuss für Tourismus sei und sich auf die Zusammenarbeit freue.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) informiert anschließend über zwei Neuzugänge im Sekretariat: Frau Alisa Gärtner, die im Sitzungsdienst und insbesondere bei der Protokollerstellung und Organisation tätig sei, sowie als Referent Herr Michael Haese, dessen Arbeitsschwerpunkt die Nachbereitung der Sitzungen, die Protokollerstellung, die Bürgerkorrespondenz sowie Vergabeangelegenheiten sein werde. Anschließend gratuliert sie der Abg. Sabine Leidig sowie den Sachverständigen Prof. Dr. Uwe Schneidewind, Michael Müller, Prof. Dr. Beate Jochimsen, Prof. Dr. Martin Jänicke, Prof. Dr. Christoph Schmidt, Prof. Dr. André Habisch und Prof. Dr. Marc Oliver Bettzüge nachträglich zum Geburtstag. Sie weist ferner auf die Öffentlichkeit der Sitzung und die Übertragung im Parlamentsfernsehen sowie auf die Vermerke über die Obleutegespräche vom 12. Juni 2012 und vom 11. September 2012 hin, die an sämtliche Kommissionsmitglieder versandt worden seien. Nachdem es hiergegen keinen Widerspruch gibt, könne entsprechend der dort getroffenen Vereinbarungen verfahren werden.

Tagesordnungspunkt 1

Beratung und Verabschiedung des Berichts der Projektgruppe 3 sowie Besprechung von Gestaltungsmöglichkeiten bei Entkopplungsprozessen

hierzu: Kommissionsdrucksache 17(26)82

Abg. Dr. Hermann Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stellte den Berichtsentwurf der Projektgruppe 3: „Wachstum, Ressourcenverbrauch und technischer Fortschritt – Möglichkeiten und Grenzen der Entkopplung“ vor. Er spricht einen herzlichen Dank an alle aus, die daran mitgearbeitet hätten. Die Projektgruppe habe versucht herauszufinden, ob – was für die Zivilisation und die gesamte Menschheit von großer Bedeutung sein könne – es gelingen könne, den Ressourcenverbrauch nicht nur vom Wirtschaften zu entkoppeln, sondern sogar absolut zu senken. Es habe Einigkeit bestanden, dass dies notwendig sein werde. Vorgelegt würden heute die Kapitel 1 bis 6. Das Kapitel 7 mit den Handlungsempfehlungen würde voraussichtlich in den nächsten zwei Monaten erstellt werden. Das erste Kapitel stelle die Grundvoraussetzungen dar, wobei die Wechselwirkungen zwischen Umwelt und Gesellschaft bzw. ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten ein Schwerpunkt sei. Die Projektgruppe habe eine Debatte zur nachhaltigen Entwicklung Deutschlands und der Welt geführt und dabei insbesondere die Grenzen der Umweltnutzung erörtert. Das erste wichtige Ergebnis sei, dass eine Übernutzung bereits in drei Bereichen eingetreten sei: beim Klimawandel, der biologischen Vielfalt sowie dem Stickstoff- und Phosphorkreislauf. Hier sei eine absolute Reduktion der Schadstoffe bzw. der menschlichen Einwirkung erforderlich, während in anderen Bereichen zumindest eine relative Entkopplung angeraten sei. Die Projektgruppe sei zu der Erkenntnis gekommen, dass die Grenzen der Aufnahmekapazität der Ökosysteme unseres Planeten gleichzeitig die Grenzen unseres Handelns seien und unser Handeln leiten sollten. Sie habe dabei auch anerkannt, dass es trotz großer Gemeinsamkeiten bei der Feststellung der Tatsachen teilweise unterschiedliche Schlussfolgerungen gebe, die entsprechend im Text dargestellt worden seien. Diese Form der Herangehensweise könne auch für die Enquete-Kommission insgesamt ein Vorbild sein.

Im zweiten Kapitel seien einige Megatrends aufgelistet, die die Analyse geprägt und beeinflusst hätten. Dazu gehörten beispielsweise die Globalisierung, also die weltweite Verallgemeinerung unserer Konsum- und Produktionsmuster, oder die Urbanisierung. Eine weitere Erkenntnis sei, dass in den

meisten Fällen die unmittelbare Herausforderung nicht die Nutzung oder Übernutzung von Ressourcen sei, sondern dass die Senken das Hauptproblem darstellen würden. Außerdem müssten wir als vernunftbegabte Wesen die Grenzen selber ziehen, das heißt wir dürften nicht warten, bis unser Handeln die Grenzen ausreize, sondern müssten politisch handeln und diese Grenzen vorher setzen.

Im dritten Kapitel werde darauf eingegangen, wie diese einzelnen Grenzen hergeleitet würden, zum Beispiel aus ethischen Gründen oder aus Gründen der Machbarkeit. Trotz des Schwerpunktes auf der internationalen Ebene sei im vierten Kapitel auch der Versuch gemacht worden, die nationale Entwicklung hinsichtlich verschiedener Ressourcen in den Blick zu nehmen. Dabei sei auch über Verschiebungen diskutiert worden, die sich etwa aus der Verlagerung der Produktion bestimmter Güter ins Ausland und den dort ausgelösten Umweltbelastungen ergeben würden. Auch sei deutlich geworden, dass bei aller Dringlichkeit eines ökologischen Umbaus immer die sozialen Auswirkungen im Blick behalten werden müssten. Die Möglichkeiten und Herausforderungen der Entkopplung seien Gegenstand des fünften Kapitels. Dabei habe sich insbesondere der „Rebound-Effekt“ als problematisch erwiesen. Dieser Fachbegriff beschreibe, dass Effizienzverbesserungen beim Energieverbrauch und dem Rohstoffkonsum dadurch aufgehoben werden können, dass die erhöhte Effizienz zu niedrigeren Preisen und damit zu einer Verbrauchserhöhung oder Produktionssteigerung führe. Außerdem könnten Effizienzverbesserungen und Kosteneinsparungen zur Folge haben, dass das eingesparte Geld dann für Aktivitäten mit einem hohen Energieverbrauch, wie Flugreisen, ausgegeben werde und damit die Effizienzgewinne neutralisiert oder überkompensiert würden. Weiterhin würden historische Beispiele für eine Entkopplung betrachtet und versucht, diese Erfahrungen auf die heutigen Prozesse zu übertragen. Ein positives Beispiel für eine absolute Entkopplung und erfolgreiche Reduzierung einer globalen Umweltbelastung sei der Ausstieg aus der Nutzung von Fluorkohlenwasserstoffen (FCKW). Diese Emissionen seien sogar auf null reduziert worden, ohne dass es negative wirtschaftliche Folgen oder Wohlstandsverluste gegeben habe. Im sechsten Kapitel würden dann die Handlungsspielräume für eine Entkopplung in verschiedenen Bereichen untersucht. Dabei sei nicht nur auf die Möglichkeiten der Politik, sondern auch auf die der Verbraucher, Arbeitnehmer, Unternehmen sowie anderer Akteure in der Zivilgesellschaft eingegangen worden.

Abschließend bedankt er sich noch einmal für die konstruktive und erfolgreiche Zusammenarbeit in der Projektgruppe. Angesichts der Komplexität des Themas spricht er sich dafür aus, in zukünftigen Enquete-Kommissionen ähnlichen Projektgruppen mehr Zeit zur Erstellung ihrer Berichte zu geben, wobei ein Zeitraum von zwei Jahren angemessen wäre.

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) bedankt sich bei Herrn Dr. Ott für die Leitung der Projektgruppe und der gesamten Projektgruppe für die Vorlage dieses sehr beachtlichen Berichtes. Dies gelte auch für das Kommissionssekretariat und insbesondere dem zuständigen wissenschaftlichen Mitarbeiter Hans Haake. Der Bericht lasse erkennen, dass die Mitglieder der Projektgruppe aufeinander zugegangen und von einem wirklichen Erkenntnisinteresse geleitet worden seien. Bemerkenswert sei der dabei verfolgte Ansatz, ein Nebeneinander unterschiedlicher Positionen zuzulassen, wenn es an bestimmten Punkten zu keiner einheitlichen Analyse komme. Anschließend schlägt sie den Einstieg in die Fraktionsrunde vor.

SV Prof. Marc Oliver Bettzüge nimmt für die Fraktion der CDU/CSU Stellung. Er stimmt den Ausführungen des Abg. Dr. Ott sowohl inhaltlich als auch hinsichtlich der Beschreibung des gemeinsamen Prozesses in der Projektgruppe zu. Er hoffe, dass die Projektgruppe auch bei den jetzt anstehenden Schlussfolgerungen aus dem komplizierten Befund weiterhin differenziert miteinander umgehe und dies auch wie bei den Kapiteln 1 bis 6 in geeigneter Form zusammenführe. Die drei wesentlichen Aspekte des vorgelegten Berichts seien die mittlerweile erreichte globale Dimension der Herausforderungen, die damit verbundene globale Allmendeproblematik und der „Rebound-Effekt“. Bei der Diskussion möglicher Lösungspfade zur Bewältigung der Herausforderungen sei wichtig, dass anders als in der Vergangenheit Umweltprobleme nicht mehr durch eine Ordnungspolitik von Nationalstaaten in eigener Souveränität gelöst werden könnten. Stattdessen komme es auf die Kooperation und die Kooperationsfähigkeit souveräner Nationalstaaten an. Dies verlange auch eine differenziertere Antwort auf die Frage, in welcher Art und Weise einzelne Nationalstaaten bestmöglich zu dieser Kooperation beitragen können. Es gebe auch eine große Schnittmenge zwischen den noch ausstehenden Ausarbeitungen in der Projektgruppe 3 und der jetzt schon intensiv geführten Diskussion in der Projektgruppe 4 hinsichtlich ordnungspolitischer Fragen.

Abg. Edelgard Bulmahn (SPD) bedankt sich für den Bericht, der eine gute Grundlage für die weitere Arbeit in den Projektgruppen 4 und 5 sei. Vor allem

sei sehr klar herausgearbeitet, dass in einigen Bereichen bereits die Grenzen der Nutzung erreicht seien und es eine große Dringlichkeit gebe, sich diesen Problemen zu stellen. Wichtig sei auch die Feststellung, dass der „Rebound-Effekt“ eine größere Herausforderung darstelle als im allgemeinen Bewusstsein bisher verankert sei und man sich der Frage der Verhinderung oder Verringerung solcher Effekte dezidiert stellen müsse. Bei der Diskussion um die jetzt noch zu formulierenden Handlungsempfehlungen werde vielleicht eine Rolle spielen, was heute Morgen auch in der von ihr geleiteten Projektgruppe 4 diskutiert wurde: Das Zusammenspiel zwischen nationalen Handlungsmöglichkeiten und internationalen Strategien, die nicht als Gegensatz betrachtet werden dürften. Wichtig sei es dafür, internationale Allianzen mit denjenigen zu bilden, die wirklich etwas bewegen wollten. Damit könnten schneller Veränderungen erreicht werden als wenn immer auf den Langsamsten gewartet werden würde. Wichtig seien auch die sozialen Wirkungen von Handlungsempfehlungen zur Entkopplung und einer ressourcenschonenderen und energieeffizienteren Wirtschaftsweise. Dies sei sowohl innerstaatlich wie auf internationaler Ebene eine wichtige Voraussetzung zur erfolgreichen Umsetzung einer Strategie, insbesondere für die Umsetzung in Demokratien. Im vorliegenden Bericht seien auch sehr gut die Anforderungen an die Governance-Prozesse, also die Veränderungen von Politik und politischer Steuerung, deutlich geworden. Für die Projektgruppen 4 und 5 wäre es hilfreich, wenn bei den Handlungsempfehlungen der Projektgruppe 3 klar und präzise herausgestellt werden könnte, was dort angestrebt werden sollte.

Abg. Florian Bernschneider (FDP) schließt sich dem Lob für Abg. Dr. Ott an, dessen Moderation einen wichtigen Beitrag zur konstruktiven Zusammenarbeit in dieser Projektgruppe und zu dem jetzt vorgelegten guten und differenzierten Ergebnis geleistet habe. Eine wesentliche Erkenntnis sei, dass die Herausforderungen nicht mehr alleine national zu lösen seien. Bei Betrachtung des differenzierten Berichts käme man zu dem Schluss, dass einerseits Wachstumsfeindlichkeit auf nationaler Ebene keine Lösung sein könne, weil damit im Zweifel eher Produktionsverfahren und Probleme in andere Länder verlagert würden. Wachstumsfeindlichkeit könne aber auch keine globale Lösung sein, da es bei Wachstum gerade für die Länder, auf die es jetzt ankäme, um Fragen wie dem Zugang zu Wohnraum, zu Gesundheit und zu Grundsicherungssystemen gehe. Andererseits könne aber auch die Technik nicht die einzige Antwort sein, wie der „Rebound-Effekt“ anschaulich zeigen würde.

SV Prof. Dr. Ulrich Brand spricht für die Fraktion DIE LINKE. und bedankt sich zunächst bei Abg. Dr. Ott, den Mitgliedern der Projektgruppe sowie Herrn Haake vom Sekretariat sowie auch den Fraktionsmitarbeitern für die hervorragende Arbeit. Die Stärke des Berichts sei die Pluralität und die Darstellung der unterschiedlichen Sichtweisen. Er betont den großen Konsens, die bereits bestehende Umweltübernutzung an Ressourcen, Senken und Ökosystemen anzuerkennen und dass politische Grenzen gesetzt werden müssten. Obwohl die Beschäftigung mit dem Klimawandel den Schwerpunkt bilde, seien gleichzeitig nicht nur die problematischen sozialen Auswirkungen hervorzuheben, sondern auch die bereits einhergehenden Konflikte bei der Nutzung bzw. Übernutzung von Ressourcen. Dies zeige sich insbesondere in den Ländern des Südens, bis hin zu Konflikten und Kriegen bei Landnutzungsfragen. Der Bericht leiste auch einen Beitrag, nicht die „Meadows-Falle“ zu verlängern, laut der die Ressourcenknappheit das größte Problem sei. Gleichzeitig sei aber Vorsicht geboten, nicht in die „Rockström-Falle“ zu gehen, dass heißt nur auf die planetarischen Grenzen für die Aufnahmefähigkeit der natürlichen Kreisläufe für die Abfallprodukte menschlichen Wirtschaftens zu schauen. Für die Schlussfolgerungen in Kapitel 7 sei die Frage der internationalen Kooperation von großer Wichtigkeit. Dabei herrsche die Position vor, dass uns die entsprechenden Institutionen fehlen würden und diese jetzt aufgebaut werden müssten. Aus seiner Sicht stimme es zwar, dass mehr internationale Kooperation und entsprechende Strukturen nötig seien. Es müsse aber auch berücksichtigt werden, dass es heute schon solche internationalen Politikansätze gebe. Es sei daher vielmehr die Frage zu stellen, warum diese internationalen Politikansätze falsch liefen und warum das bei der Welt-Handels-Organisation (WTO), der Klimarahmenkonvention oder der Biodiversitätskonvention nicht funktioniere. Deshalb bedürfe es eines Politikwechsels und man müsse die Logik bestehender Strukturen überdenken. Dies würde auch den Blick auf die Frage der Vorreiterrolle Deutschlands verschieben. So sei die Kollegin Frau Bulmahn zu dem Schluss gekommen, Deutschland wolle vorangehen und müsse sich jetzt die passenden Allianzpartner suchen. Dies unterstelle, dass es diesen Willen gebe, den er selbst aber nicht sehe, weder in der deutschen Rohstoffpolitik noch in der Klimapolitik oder Biodiversitätspolitik.

SV Prof. Dr. Uwe Schneidewind spricht für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bezeichnet den vorliegenden Bericht als beeindruckendes Beispiel dafür, wie intelligent gestaltete wissenschaftliche Politikberatungs- und Konsultations-

prozesse aussehen und welche Rolle dabei Enquete-Kommissionen spielen könnten. Er empfinde es als sehr ermutigend, dass es gelungen sei, erst seit wenigen Jahren etablierte wissenschaftliche Konzepte, wie etwa der planetarischen Grenzen und der globalen ökologischen Beeinflussung des Menschen, fraktionsübergreifend zur Grundlage von Politikberatung zu machen. Es sei entscheidend, wie der Schutz dieser ökologischen Grenzen unter den globalen Bedingungen organisiert werde, so dass die gesamte Innovationskraft menschlichen und gesellschaftlichen Handelns genutzt werden könne. Die Frage sei jetzt, was dies für die Definition nationaler Umwelt- und Wirtschaftspolitik bedeute. Dazu würden jetzt vermutlich intensive Diskussionen geführt werden, für die es aber ein gemeinsames analytisches Fundament gebe.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) betont, dass die große fraktionsübergreifende Einigkeit hinsichtlich des Berichts angesichts der darin behandelten wichtigen Fragen etwas Besonderes im parlamentarischen Raum sei. Die sich jetzt anschließende Debatte werde sicherlich zeigen, dass es dennoch unterschiedliche Positionierungen und Akzentuierungen gebe. Bevor nun die einzelnen Kapitel diskutiert würden, ruft sie allgemeine Wortmeldungen zum Bericht auf.

SV Michael Müller hält einen Streit über das Für und Wider von Wachstum nicht für das entscheidende Thema. Entscheidend sei vielmehr, dass wir in einer radikal veränderten Welt lebten, in der die alten Antworten, wie etwa der Glaube an das quantitative Wachstum, nicht mehr funktionieren würden. Zum ersten Mal sei der Mensch in der Lage, die Erde zu zerstören, was auch als Zeitalter des „Anthropozän“ bezeichnet werden könne. So habe sich die Energienutzung im letzten Jahrhundert versechzehnfacht und der Wasserverbrauch verneunfacht. Angesichts dieser Veränderungen sei ein bedingungsloser Glaube an Wachstum und technischen Fortschritt nicht mehr zielführend. Diese Diskussion sei in der Projektgruppe am Beispiel des Erdöls geführt worden. Es gebe weltweit etwa 48.000 Ölquellen, von denen 400 ca. 80 Prozent der Ölproduktion erbringen würden. Bei allen dieser 400 Ölfelder sei eine rückläufige Produktion zu verzeichnen, außer im Irak, was kriegsbedingt sei. Im Gegensatz zu dieser bisherigen konventionellen und kostengünstigen Ölförderung („Easy-Oil“) seien alle Neufunde von weitaus geringeren Erträgen und höheren Förderkosten geprägt. Das Ende von „Easy-Oil“ sei ein tiefer Einschnitt und bedeute nicht nur das Ende der Nutzung eines billigen Rohstoffes. Dies betreffe vielmehr unsere gesamte bisherige Form der motorisierten Mobilität, der Arbeitsteilung sowie der

Städte- und Siedlungsstrukturen. Dies sei ein Epochenbruch, der unser bisheriges Fortschrittsmodell ins Wanken brächte. Während bei uns statistisch auf 1.000 Personen 560 Autos entfallen würden, seien es für die 2,3 Milliarden Menschen in China und Indien lediglich 29 Autos je 1000 Einwohner. Dort beginne aber gerade erst die Massenmotorisierung bei gleichzeitig sinkender Verfügbarkeit von „Easy-Oil“. Deshalb stelle sich die Frage nach den sich daraus ergebenden Konsequenzen, beispielsweise für Frieden, Wohlstand und Verteilungsgerechtigkeit. Im Bericht gehe es daher nicht um eine vordergründige Debatte über Wachstum, sondern welche Verantwortung wir angesichts einer radikal veränderten Welt hätten.

SV Prof. Dr. Martin Jänicke merkt an, dass er an der auf Seite 58/59 angesprochenen weltweiten Reichweite der Kohle und den genannten Schwerpunktländern USA, der Volksrepublik China und Indien erhebliche Zweifel habe. So betrage die Reichweite in China nicht mehr 200 Jahre, sondern lediglich 41 Jahre. Laut einer internen Studie für die dortige Regierung würde die Volksrepublik China seit 2009 Kohle importieren und schon im Jahre 2010 habe dieser Importanteil bei 52 Prozent gelegen. In Indien läge die Reichweite, statt wie bisher bei 200 Jahren angegeben, laut neuen offiziellen Regierungsangaben lediglich noch bei 30-35 Jahren. Dort hätte es bereits mehrere Stromsperrungen für die Industrie gegeben, weil keine Kohle mehr für die Kraftwerke verfügbar gewesen sei. Dies müsse im Bericht korrigiert werden.

Abg. Waltraud Wolff (SPD) sieht es als deutliches Ergebnis der Analyse, dass es ohne eine aktive Umsteuerung der Weltgemeinschaft eine Verschärfung des Problems der Überlastung globaler und lokaler Senken und der Überschreitung globaler Umweltgrenzen gebe. Sie schließe sich den Ausführungen von SV Prof. Dr. Brand an, dass zwar der internationale Prozess forciert werden müsse, aber auch die Rolle Deutschlands in diesem Prozess stärker herausgestellt werden sollte.

Abg. Dr. Matthias Heider (CDU/CSU) betont, dass die gemeinsame Aufbereitung der Faktenlage jetzt die Ausgangsbasis für die zu erarbeitenden Forderungen im Kapitel 7 sei. Dabei sei es zulässig, sowohl die internationale Verflechtung und Ausrichtung als auch nationale Maßnahmen gleichzeitig im Auge zu haben. Es müsse auch die gemeinsame Frage gestellt werden, was zu priorisieren sei und mit welchen Kosten dies verbunden wäre. Einer der von der Projektgruppe beauftragten Gutachter, Herr Prof. Dr. Weimann, habe außerdem darauf hingewiesen, dass international ein Kooperationsproblem

herrsche, welches sich nicht so ohne Weiteres schnell auflösen ließe. Auch noch so viele gute internationale Konferenzen würden etwa Indien nicht dazu bringen, auf den Zuwachs an Kraftfahrzeugen in ihrem Land zu verzichten und sich anderen Fortbewegungsmitteln zuzuwenden. Zum Aufbau einer möglichst ressourcenschonenden Mobilität in Indien könne aber auch der deutsche Automobilsektor einen Beitrag leisten. Bei Kapitel 7 werde der Verweis auf eine Vorreiterrolle Deutschlands nicht ausreichen. Es stelle sich auch die spannende Frage, wie viel Aufwand wir als Staat auf politischer und diplomatischer Ebene betreiben und welche finanziellen Ressourcen wir zur Lösung der Probleme zur Verfügung stellen können.

SV PD Dr. Norbert Reuter stellt die Frage, ob die Projektgruppe 1 eventuell bei der Erarbeitung ihres Berichtes etwas von der Projektgruppe 3 lernen könne. Dabei gehe es um die Kontroverse, ob Wachstum immer auch einen Zuwachs an Qualität beinhalte und ob ein hohes Wachstum möglich und wünschbar sei. Deshalb interessiere es ihn, ob es unabhängig von dieser Bewertung Hinweise darauf gebe, ob es absolute Grenzen des Wachstums des Bruttoinlandsprodukts gebe.

SV Dietmar Hexel merkt an, dass es angesichts der Produktionszyklen und Produktionsmechanismen in Deutschland und teilweise in Europa Fortschritt nur geben könne, wenn es nicht nur Änderungen im Energieverbrauch gebe, sondern auch im Materialverbrauch. Es sei zwar klar, dass es eine Abkehr von dem in den USA nach dem Zweiten Weltkrieg formulierten Konsumleitbild geben müsse. Die tatsächliche Änderung von Konsumstilen und die entsprechende Umsetzung in Produktion und Vertrieb sei jedoch eine andere Sache. Hier könne Deutschland durchaus ein Vorbild sein, weil es hier inzwischen die entsprechenden technologischen und wissenschaftlichen Grundlagen gebe. Gleichwohl sei diese Umstellung aber nicht nur ein technisches oder ökonomisches Problem, sondern es gehe auch um Verteilungsfragen und die Berücksichtigung der sozialen Dimension in Deutschland und der ganzen Welt.

Abg. Dr. Hermann Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erläutert, dass das Wichtigste, was aus den Erfahrungen der Projektgruppe 3 zu lernen sei, die Herangehensweise wäre. Dies bedeute, dass nach einer intensiven Kommissuche in den Fällen, für die keine gemeinsame Lösung gefunden würde, bestimmte Aussagen auch nebeneinander stehen könnten. Zur Frage der absoluten Grenzen des Wachstums sei eindeutig, dass die Grenzen unseres Umweltraums die Grenzen unseres Handelns sein müssten. Dies gelte auch

für das ökonomische Handeln, das heißt dort, wo die Notwendigkeit der Reduzierung von Umweltbelastungen und der Ressourcennutzung klar sei, müsste diese auch erfolgen. Die Auswirkungen auf das Bruttoinlandsprodukt seien dabei nachrangig. In diesem Zusammenhang sei die Arbeit der Projektgruppe 2 zur Entwicklung von Indikatoren wichtig, die uns ein vollständigeres Bild über die Auswirkungen politischer Entscheidungen geben können. Dort werde das Bruttoinlandsprodukt voraussichtlich einen gewissen Stellenwert haben, es dürfe jedoch nicht als der maßgebliche Indikator für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik gesehen werden.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) schlägt vor, in die kapitelweise Diskussion und Abstimmung des Berichtes einzusteigen. Es lägen bisher keine konkreten Änderungsanträge vor. Die Anmerkungen von Prof. Dr. Jänicke zu Kapitel 2 würden bei der Behandlung des Kapitels angesprochen werden. Sie ruft anschließend das Kapitel 1 auf, das aus der Einführung mit einem Überblick über den Bericht bestehe.

Das Kapitel 1 wird einstimmig ohne Enthaltungen beschlossen.

Sodann ruft die Vorsitzende das Kapitel 2 auf, das sich mit dem Verhältnis Mensch/Wirtschaft/Natur sowie globalen Megatrends beschäftige. Dazu gehöre auch die angesprochene Frage nach der Verfügbarkeit des Rohstoffes Kohle. Ein konkreter Änderungsantrag liege aber nicht vor.

SV Prof. Dr. Marc Oliver Bettzüge nimmt zu dieser Frage Stellung und erklärt, dass ihm aus den Ausführungen von SV Prof. Jänicke noch nicht deutlich geworden sei, welcher Satz im Bericht falsch sei oder welche Ergänzung gewünscht werde. Inhaltlich seien die Aussagen im Bericht durch Daten der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe und der internationalen Energieagentur abgedeckt. Die Veränderung der Volksrepublik China von einem leichten Netto-Kohleexporteur zu einem Netto-Kohleimporteur habe viel damit zu tun, dass China in diesem Zeitraum seine inländische Kohleindustrie umstrukturiert habe. Hinsichtlich langfristiger Kohlevorkommen verweist er auf die erheblichen Vorkommen in den westlichen Provinzen Chinas, die derzeit nicht ausreichend an den Rest des Landes angebunden seien. Deshalb glaube er, dass die Grundaussage des Textes richtig sei.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) merkt an, dass dies auch den in der Projektgruppe 3 stark geführten Diskurs zeige, ob es ein stärkeres Senkenproblem oder eine vorrangige Ressourcenproblematik gebe. Dies habe auch die allgemeine Aussprache bereits gezeigt.

SV Prof. Dr. Martin Jänicke schlägt vor, im Bericht auf Seite 59 in der Zeile 1881/1882 den Halbsatz „mit Schwerpunkten in den USA, der VR China sowie Indien“ zu streichen.

Abg. Dr. Hermann Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bedauert, dass SV Jänicke nicht Mitglied in der Projektgruppe 3 gewesen sei. Er bittet ihn um Verständnis, dass jetzt nicht noch einmal in die Debatte über unterschiedliche Quellen eingestiegen werde, zumal nicht etwas als gänzlich falsch kritisiert würde. Vielleicht könne ein entsprechender Hinweis in einer Fußnote aufgenommen werden, was sich in der Arbeit der Projektgruppe als bewährtes Mittel gezeigt habe.

Abg. Edelgard Bulmahn (SPD) glaubt nicht, dass sich mit einer Fußnote das Problem lösen lasse. Außerdem hinterfragt sie auch die auf Seite 58 in Zeile 1876 des Berichtes angegebene, statistische Reichweite der Kohle von 136,6 Jahren und plädiert für die Streichung dieser Zahl.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) wertet den Vorschlag von Prof. Jänicke, im Bericht auf Seite 59 in der Zeile 1880/1881 den Halbsatz „mit Schwerpunkten in den USA, der VR China sowie Indien“ zu streichen als Änderungsantrag und lässt darüber abstimmen.

Dieser Änderungsantrag wird bei einigen Enthaltungen abgelehnt.

Zum Vorschlag der Abg. Bulmahn, auf Seite 58 des Berichts in Zeile 1876 die Zahl der statistischen Reichweite von Kohle zu streichen, fragt die Vorsitzende nach weiteren Wortmeldungen.

Abg. Steffen Bilger (CDU/CSU) spricht sich dafür aus, die Arbeit der Projektgruppe 3 zu würdigen und jetzt nicht anzufangen, über einzelne Zahlen im Bericht nacheinander abzustimmen.

Abg. Waltraud Wolff (SPD) schlägt vor, den betreffenden Halbsatz im Text zu streichen und die umstrittene Zahl zusammen mit der von SV Bettzüge genannten Quellenangaben in eine Fußnote aufzunehmen.

SV Prof. Dr. Marc Oliver Bettzüge verweist darauf, dass sich die Projektgruppe viel Mühe mit diesem Text gegeben habe. Da es nicht erkennbar um irgendeine Form eines inhaltlichen Fehlers gehe, sondern um textlich redaktionelle Änderungen, sollte der gemeinschaftlich verabschiedete Text der Projektgruppe nicht verändert werden.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) ergänzt, dass die Forderung der Quellennennung in einer Fußnote bereits auf Seite 57 in der Fußnote Nr. 247 zur Kapitelüberschrift genannt sei, so dass eigentlich keine Ergänzung nötig sei.

Abg. Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU) erklärt, dass die geführte Diskussion über eine bereits bestehende Fußnote zeige, dass es keinen Sinn mache, in diesem Kreis jede einzelne Zahl zu diskutieren. Deshalb appelliere er, das Ergebnis der Kollegen, die diesen Bericht erstellt hätten, zu akzeptieren.

SV PD Dr. Norbert Reuter plädiert dafür, zusätzlich ergänzende Fußnoten mit der Angabe der genannten anderen Studien aufzunehmen, die zu anderen als in den im Text genannten Ergebnissen kommen würden.

Abg. Dr. Hermann Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) warnt davor, den Bericht jetzt zu zerreden. Hier gehe es nicht um einzelne Fehler, sondern um Ergänzungen, die nicht unbedingt notwendig seien. Er schlägt vor, die Anregung von Abg. Bulmahn aufzugreifen, bei den Angaben zur statistischen Reichweite der Kohle die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe als Quelle zusätzlich zu der genannten, auf die Kapitelübersicht bezogenen, Fußnote aufzunehmen.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) stellt fest, dass es ein allgemeines Einverständnis über diese doppelte Quellennennung gebe.

SV Michael Müller kritisiert die im Bericht enthaltenen Aussagen zum Thema des Fördermaximums von Erdöl („Peak Oil“), über das es in der Projektgruppe heftige Debatten gegeben habe. Er habe dies erst jetzt gelesen und fühle sich unfair behandelt. Eigentlich sei klar gewesen, dass es dazu zwei unterschiedliche Kästen mit zwei unterschiedlichen Positionen gebe. Jetzt seien diese aber im Bericht ab der Seite 60 zusammengefügt mit Aussagen, die er nicht teile. Dies betreffe beispielsweise die Aussage, dass bei der Bewertung eines derart definierten konventionellen Fördermaximums es für das auf globalen Märkten gehandelte Öl nachrangig sei, ob dieses durch konventionelle oder nicht-konventionelle Methoden gefördert werde. Dies sei aus seiner Sicht eben nicht gleichgültig, da unkonventionelle Methoden mit einer unglaublichen Zerstörung von Landschaften und einem enormen Anstieg von CO₂-Emissionen verbunden seien. Ebenso wenig könne er die Aussage teilen, dass das globale Fördermaximum für Erdöl bislang noch nicht überschritten worden sei. Wenn dies im Text unverändert bleibe, würde er ein entsprechendes Minderheitsvotum einbringen.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) stellt klar, dass sich die Kritik auf den Kasten 4 beziehe, der sich auf den Seiten 60-63 befinde. Sie fragt nach konkreten Änderungswünschen, die präzise formuliert sein müssten.

Abg. Dr. Hermann Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bittet das Sekretariat um Klärung, wie diese Abstimmung genau erfolgt sei.

Daraufhin erläutert Herr Hans Haake (wissenschaftlicher Mitarbeiter) des Sekretariats, dass laut seinem Verständnis es einen Vorschlag von SV Bettzüge für eine Formulierung für den Kasten 4 gegeben habe, der ein Versuch seinerseits für einen Kompromiss gewesen sei. Dort seien auch an einer Stelle unterschiedliche Meinungen bzw. unterschiedliche Interpretationen dargestellt. Darauf habe er eine telefonische Rückmeldung von SV Müller so interpretiert, dass er damit einverstanden sei. Dies könne dann möglicherweise ein Missverständnis gewesen sein.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) erklärt, dass jetzt nicht aufgeklärt werden könne, ob dies ein Missverständnis gewesen oder was sonst falsch gelaufen sei. Da sie keinen konkreten Änderungswunsch vorzuliegen habe, könne sie jetzt auch keine Abstimmung zu diesem Punkt durchführen. Sie stellt die weiter bestehende Ankündigung von SV Müller für ein Minderheitsvotum fest. Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt sie über Kapitel 2 abstimmen.

Das Kapitel 2 wird bei zwei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen beschlossen.

Sodann ruft sie Kapitel 3 auf, das sich mit Grenzen für die Nutzung der Umwelt beschäftige. Da es keine Wortmeldungen oder Änderungswünsche gibt, führt sie die Abstimmung durch.

Das Kapitel 3 wird einstimmig ohne Enthaltungen beschlossen.

Die Vorsitzende ruft anschließend Kapitel 4 auf, zu dem es keine Wortmeldungen oder Änderungsvorschläge gibt, und führt die Abstimmung durch.

Das Kapitel 4 wird einstimmig ohne Enthaltungen beschlossen.

Als nächstes ruft sie Kapitel 5 auf, zu dem auch das Thema „Rebound“ gehöre, das in der Öffentlichkeit ein besonderes Interesse gefunden habe. Nachdem es auch zu diesem Kapitel keine Wortmeldung oder Änderungswünsche gibt, lässt sie darüber abstimmen.

Das Kapitel 5 wird einstimmig ohne Enthaltungen beschlossen.

Sodann ruft die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) das Kapitel 6 auf, das sich mit Handlungsmöglichkeiten und Handlungsspielräumen einzelner Akteure beschäftige.

SV PD Dr. Norbert Reuter spricht eine Formulierung auf Seite 190 in der Zeile 6544/6545 an. Dort werde behauptet, dass aufgrund knapper werdender Haushaltsmittel der Staat schon heute viele Aufgaben an die Zivilgesellschaft delegiere. Damit würde etwas als Sachzwang dargestellt, was vielmehr Gegenstand politischer Entscheidungen sei. So könne etwa in Zukunft durch eine andere Steuer- oder eine andere Ausgabenpolitik bewirkt werden, dass die Haushaltsmittel nicht knapper werden. Gerade angesichts eines allgemein weiter erwarteten Wachstums könne er nicht erkennen, warum notwendiger Weise die Haushaltsmittel knapper werden sollten.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) bemerkt, dass für sie diese Formulierung eine Beschreibung der momentanen Realität sei. SV PD Dr. Reuter habe sicherlich recht, dass diese politisch beeinflussbar sei. Sie fragt daraufhin, ob er einen konkreten Änderungsvorschlag hierzu habe.

SV PD Dr. Norbert Reuter schlägt vor, die Formulierung „aufgrund knapper werdender Haushaltsmittel“ zu streichen. Dann würde die Aussage neu lauten: „Der Staat delegiert schon heute viele Aufgaben an die Zivilgesellschaft.“

Abg. Edelgard Bulmahn (SPD) unterstützt diese Kritik und den gemachten Vorschlag. Diese Formulierung sollte also entweder gestrichen werden oder es sollte der Tatbestand beschrieben werden, in dem stattdessen die Formulierung „aufgrund politischer Entscheidungen“ eingefügt werde. So habe es in einigen Bereichen ja auch eine Rekommunalisierung von privatwirtschaftlich betriebenen Aufgaben gegeben.

Abg. Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU) plädiert dafür, sich auf die Expertise der Kollegen zu verlassen, die eben genau diesen Erfahrungshorizont knapper werdender Haushaltsmittel hätten. Er stelle jedenfalls fest, dass dies so sei. So gebe es beispielsweise die dringend erforderliche Schuldenbremse im Grundgesetz, die auch eine politische Entscheidung gewesen sei und dafür sorgen werde, dass Haushaltsmittel in Zukunft nicht unbegrenzt zur Verfügung stehen würden. Er könne es nicht nachvollziehen, wenn dies jetzt in Frage gestellt würde. Angesichts der gegenwärtigen Bemühungen, ganz

Europa zur Durchsetzung von Haushaltsdisziplin zu bewegen, sei es schon eigentümlich, wenn erklärt werde, dass Haushaltsmittel unbeschränkt zur Verfügung stehen würden.

Abg. Edelgard Bulmahn (SPD) spricht sich dagegen aus, verschiedene Dinge miteinander zu vermischen. Sie sei für die Schuldenbremse. Aber trotzdem wisse sie sehr wohl, dass die Frage, welche Aufgaben aus Steuermitteln finanziert würden, eine politische Entscheidung sei. Dies möchte sie so auch präzise festgehalten haben. Gerade als Bundestagsabgeordnete lege sie Wert auf die Feststellung, dass es unabhängig vom Umfang des Haushaltes immer eine politische Entscheidung sei, wie und wofür Mittel eingesetzt würden.

SV PD Dr. Norbert Reuter stimmt den Ausführungen der Abg. Bulmahn zu und merkt an, dass etwa mit einer anderen Steuerpolitik die Schuldenbremse eingehalten werden könnte, ohne dass die Haushaltsmittel knapper werden würden. Dies sei durchaus denkbar, so dass man sich diese Handlungsoption nicht nehmen sollte.

SV Prof. Dr. Gert Wagner weist darauf hin, dass bei einer Steuererhöhung nicht trotzdem eine Schuldenbremse eingehalten werde, sondern gerade einzuhalten sei, und dies sei eben eine politische Entscheidung.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) lässt über den Vorschlag von Frau Bulmahn abstimmen, auf Seite 190 in den Zeilen 6544/6545 die Formulierung „aufgrund knapper werdender Haushaltsmittel“ durch die Formulierung „aufgrund politischer Entscheidungen“ zu ersetzen.

Dieser Vorschlag wird bei fünf Enthaltungen so beschlossen. Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt sie über Kapitel 6 abstimmen.

Das Kapitel 6 wird einstimmig ohne Enthaltungen beschlossen.

SV Prof. Hanns Michael Hölz kommt noch einmal auf die Äußerungen von SV Müller zurück, die aus seiner Sicht reflexionswürdig seien, weil er von Fairness gesprochen habe. Es sollte stilbildend für die weiteren Berichte der Enquete-Kommission sein, darüber nicht einfach hinweg zu gehen.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) stimmt zu, dass es wesentlich sei, einen fairen Umgang zu finden, und dass Positionen gehört sowie Absprachen eingehalten würden. Nur so könne das nötige Vertrauen für die Erstellung eines guten Berichts geschaffen werden. Es sei im konkreten Fall für sie aber immer noch schwer zu erkennen, ob hier Unfairness vorliege,

oder ob es sich um ein Missverständnis gehandelt habe. Deshalb wäre es hilfreich, wenn dieser Punkt zusammen mit dem Sekretariat und dem Vorsitzenden der Projektgruppe geklärt werden könnte, um Schlussfolgerungen zu ziehen und so etwas für zukünftige Diskussionen zu vermeiden.

SV Michael Müller spricht sich sehr dafür aus, einen Konsens zu finden wo immer dies möglich sei. Er halte aber die Frage der Knappheit von Ressourcen gerade bei einem so strategischen Bereich wie dem Erdöl für so weitreichend, dass hier nicht jeder Kompromiss gemacht werden könne. Der ganze Bericht sei in erster Linie auf die Überlastung der Senken ausgerichtet, was tatsächlich auch ein gewaltiges Problem sei. Die Frage der Knappheit der Rohstoffe spiele dagegen nur eine geringe Rolle. Er persönlich habe bei einigen Rohstoffen damit seine Schwierigkeiten, es aber dennoch mitzutragen. Er trage dies aber nicht beim Erdöl mit, da nach allen ihm vorliegenden Informationen zwar neue Ölfunde gebe, die reale Verfügbarkeit aber insgesamt abnehme. Gleichzeitig würde es aufgrund der gerade erst beginnenden Massenmotorisierung in den Schwellenländern einen enormen Anstieg des Bedarfs geben. Auf dieses Problem müsse deutlich hingewiesen werden. Es sei vereinbart gewesen, dieses Thema in zwei unterschiedlichen Kästen darzustellen. Dann sei kurzfristig eine Sitzung einberufen worden, an der er nicht habe teilnehmen können. Und jetzt sehe er im Bericht, dass aus diesen zwei Kästen ohne Abstimmung mit ihm ein Kasten geworden sei.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) hält die inhaltliche Debatte trotz der bereits erfolgten Abstimmung für spannend und wertvoll und ruft weitere Wortmeldungen auf.

SV Prof. Dr. Ulrich Brand bemerkt, dass er zwar bei der letzten Schlussdiskussion selbst nicht dabei gewesen sei. Aus seiner Sicht sei der vorgelegte Kasten beim Zusammenlesen mit dem anschließenden Interview mit den SV Müller und Bettzüge für die Darstellung der angesprochenen Kontroverse aber akzeptabel.

SV PD Dr. Norbert Reuter schlägt vor, den ursprünglichen Zustand der unterschiedlichen Positionen in zwei Kästen wiederherzustellen.

Abg. Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU) merkt an, dass die gewählte besondere Form einschließlich eines Interviews zur Darstellung der unterschiedlichen Positionen genügen sollte.

Abg. Ulla Lötzer (DIE LINKE.) weist darauf hin, dass nicht nur die Frage der geologischen Verfügbarkeit, sondern auch die Frage der ökologischen und sozial verantwortbaren Verfügbarkeit mit behandelt werden müsse. Darauf würde auch der Kasten 5 eingehen, in dem beispielsweise die Risiken der Tiefseeförderung angesprochen würden. SV Müller habe recht, dass vereinbart worden sei, die unterschiedlichen Positionen zu Thema „Peak Oil“ sowohl in einem Interview als auch in einer Beschreibung des Zustands in Kasten 4 darzustellen. Wenn nun einer der beiden an der Erstellung Beteiligten mit dem Ergebnis nicht zufrieden sei, so solle doch möglichst geprüft werden, ob dies korrigiert und der entsprechende Kasten überarbeitet werden könne.

Abg. Horst Meierhofer (FDP) führt aus, dass im Kasten 4 unterschiedliche Einschätzungen geschildert würden, ob und wann „Peak Oil“ erreicht sei. Niemand wisse wirklich, ob dieses Fördermaximum bereits erreicht sei oder etwa durch neue Funde und neue Fördermöglichkeiten vielleicht weiter hinausgeschoben werden könne, wofür auch einiges spräche. Daher könne er nicht erkennen, was an der Darstellung der unterschiedlichen Meinungen, die sogar in einem Interview noch näher erläutert würden, unfair sei. Im Übrigen habe die Diskussion um „Peak Oil“ nichts mit ökologischen Fragen zu tun, dies sei eine andere Debatte.

Abg. Edelgard Bulmahn (SPD) ergänzt, dass sie es für sinnvoll halte, wenn die unterschiedlichen Positionen in dem angesprochenen Kasten noch deutlicher und klarer herausgearbeitet werden könnten und eine entsprechende Umformulierung vorgenommen würde.

Abg. Dr. Hermann Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bedauert es, dass wahrscheinlich durch ein Missverständnis ein Text auch von SV Müller angenommen worden sei, der aber nicht dem entspreche, was er meine. Nach seiner Einschätzung habe die Position von SV Müller in der vorliegenden Darstellung, die das Ergebnis einer intensiven und sehr kontrovers geführten Diskussion sei, ausreichend Berücksichtigung gefunden.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) beendet die Diskussion zu diesem Punkt und weist darauf hin, dass das entsprechende Kapitel in der vorliegenden Form beschlossen sei. Es bleibe SV Müller überlassen, ein Sondervotum einzubringen. Sie hoffe aber, dass dies nicht nötig sein werde. Sie erläutert, dass vereinbart worden sei, anschließend über das noch nicht vorliegende Kapitel 7 zu diskutieren, das den schwierigsten Teil des

Berichtes darstellen würde. Sie erteilt Abg. Dr. Ott das Wort für eine Einleitung in dieses Kapitel.

Abg. Dr. Hermann Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erläutert, dass in der anschließenden Diskussion zunächst einmal die Kommissionsmitglieder zur Wortmeldung aufgefordert seien, die nicht Mitglied in der Projektgruppe 3 wären. Die Mitglieder der Projektgruppe 3 könnten danach kurz auf deren Anregungen und Vorschläge reagieren. Es gab in dieser Projektgruppe eine große Übereinstimmung, wie wichtig Maßnahmen auf der globalen Ebene seien, da es hier um Probleme der Allmende, also die Verfügbarkeit eines weltweiten Allgemeinguts gehe. Dies bedeute aber nicht, dass nicht nationale Politik und eine nationale Vorbildfunktion auch Einfluss darauf nehmen könne. Der vorliegende Entwurf von Kapitel 7 sei aufgeteilt in mögliche globale und nationale Maßnahmen. Auf nationaler Ebene gehe es dabei auch um die Frage, wie die Chancen erhöht werden könnten, dass es überhaupt zu internationalen Vereinbarungen komme. Aus seiner 15-jährigen Forschungstätigkeit zur internationalen Klimapolitik habe er gelernt, dass man sich international nur zu etwas verpflichten könne, was auch national umzusetzen sei. Andererseits sei national viel mehr umzusetzen, wenn internationale Vereinbarungen getroffen würden. So könnten etwa entsprechende völkerrechtliche Verpflichtungen die Position des zuständigen Bundesministers gegenüber seinen Kabinettskollegen bei der nötigen Kooperation für eine Umsetzung deutlich stärken. Er hoffe, dass dabei Wege gefunden werden, einerseits für den Bundestag als Gesetzgeber Handlungsempfehlungen zu formulieren und andererseits den Handlungsauftrag aber nicht zu eng zu verstehen. Denn Politik gehe über die Aktivitäten in Parlamenten und Regierungen hinaus und sollte auch in diesem Fall die Rolle anderer Akteure in der Zivilgesellschaft, wie etwa den Konsumenten und die Bedeutung der Lebensstile, ansprechen. Ziel sollte sein, so weit wie möglich in einem Konsens Handlungsempfehlungen zu finden. Daran könnten dann auch einzelne Punkte, bei denen aus der Analyse der Kapitel 1 bis 6 unterschiedliche Schlussfolgerungen gezogen würden, entsprechend dargestellt werden.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) geht davon aus, dass die Komplexität der in der vorliegenden Analyse beschriebenen Probleme hinsichtlich der Schlussfolgerungen eine große Herausforderung für alle Fraktionen sei. Sie appelliert an alle Beteiligten, das bisher praktizierte gemeinsame Nachdenken auch angesichts unterschiedlicher Überzeugungen weiterzuverfolgen. Dabei sehe sie es als unproblematisch an, wenn trotzdem

einzelne Fraktionen durchaus ihre besonderen Herangehensweisen darstellen würden.

SV Prof. Dr. Meinhard Miegel weist darauf hin, dass insbesondere die Diskussionen in der Projektgruppe 1 und der Projektgruppe 3 von der Philosophie des Materialismus getragen sei. Es müsse aber auch die Frage gestellt werden, wie es um die Ressource Mensch und seine Psyche stehe. Die gegenwärtige Rolle von Wachstum und unsere Art der Definition von Wohlstand und Lebensqualität sei ein Produkt des 18. Jahrhunderts. Zuvor hätten die Menschen völlig anders gedacht. So habe etwa Max Weber in diesem Zusammenhang formuliert, dass dieser neue Geist des Wachstums über lange Perioden als ethisch unwürdig betrachtet worden sei. Es stünde der Enquete-Kommission gut an, wenn sie an geeigneter Stelle signalisieren würde, dass sie das Phänomen der ganz bestimmten Sichtweise als Grundlage der geführten Diskussion begriffen habe. Denn diese Sichtweise sei keineswegs gesichert und spezifisch für den Menschen, sondern man sollte und müsse davon ausgehen, dass Menschen in wenigen Jahren oder Jahrzehnten die Dinge völlig anders sehen würden.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) erinnert daran, dass der Kommission aus ihrer Sicht bereits Vorarbeiten zu diesem Thema vorliegen würden in Form des gemeinsamen Papieres des Abg. Dr. Zimmer und SV Müller zur Ideengeschichte und dem Fortschrittsbegriff. Es lohne sich sicherlich, diese Fragen auch an anderer Stelle zu bedenken und aufzugreifen. Es müsse auch noch geklärt werden, wie oder in welcher Größenordnung dieses Papier eine Rolle im Gesamtbericht spielen werde.

SV PD Dr. Norbert Reuter stimmt zu, dass es außerordentlich wichtig sei, solche Fragen zu stellen und unterstützt die Anregung von SV Miegel.

Abg. Edelgard Bulmahn (SPD) führt aus, dass heute Morgen in der Projektgruppe 1 darüber diskutiert worden sei, von welchen Leitbildern ausgegangen werde. Dies gelte beispielsweise für die Bewertung des in der Verfassung festgelegten Leitbildes der Wahrung von Lebensrechten künftiger Generationen. Deshalb sollte für die Leser des Berichts bei Vorschlägen deutlich gemacht werden, von welchen Werthaltungen heraus sie gemacht worden seien. So sei etwa die angestrebte Reduzierung der CO₂-Emissionen nicht nur eine technische Frage, sondern auch eine Wertfrage, die eine Auswirkung auf die konkreten Umsetzungsvorschläge habe. Dies beinhalte die Auseinandersetzung darüber, zu welchen sozialen Verwerfungen diese Vorschläge national und international führen könnten. Dies sei bisher

vermieden worden. Das sei auch bedeutsam für die Frage, ob eine Demokratie in der Lage sei, solche großen Herausforderungen und Aufgaben innerhalb eines kurzen Zeitraumes zu bewältigen.

SV Prof. Dr. Ulrich Brand greift die aus seiner Sicht berechtigte Anmerkung von SV Miegel auf und weist darauf hin, dass die Projektgruppe 3 sich auf die Behandlung der Entkopplung im engeren Sinne verständigt habe. Er hoffe, dass die darüber hinausgehenden Dimensionen wie Wohlstand und Lebensqualität in der Projektgruppe 5 aufgenommen werden könnten. Es lohne sich außerdem zu überlegen, ob auch im Kommissionsplenium doch noch einmal systematischer die Wohlstandsfrage angegangen werden könnte.

SV Michael Müller erläutert, dass er die Gesellschaft in einer Suchbewegung sehe, nachdem die in den letzten Jahrzehnten prägende Vorherrschaft der Ökonomie seinen Höhepunkt erreicht und überschritten habe. Es stelle sich die Frage, wie dabei die Bindungskräfte und der Zusammenhang in der Gesellschaft aussehen könnten. In einem Punkt müsse er aber SV Miegel widersprechen: Historisch gesehen seien die Gründungsideen der Moderne die Emanzipation des Menschen und die Freiheit gewesen. Erst daraus hätten sich dann der Glaube an die Technik und das wirtschaftliche Wachstum entwickelt. Er betone dies deshalb, weil seiner Ansicht nach die Grundideen der europäischen Moderne nicht aufgegeben werden dürften. Sie seien aber durch eine Fortsetzung des bisherigen Weges gefährdet. In den andern Punkten stimme er SV Prof. Dr. Miegel zu. Er ergänzt, dass es damals durchaus unterschiedliche Positionen gegeben habe und die Mehrheit der Ökonomen eher kritisch gegenüber der Wachstumsentwicklung gewesen sei. Dies habe sich erst im letzten Jahrhundert gedreht.

SV Dietmar Hexel weist darauf hin, dass hinsichtlich der Anmerkungen von SV Prof. Miegel die Welt in zwei Bereiche eingeteilt werden müsse. So stelle sich die Frage des materiellen Wohlstands dort, wo in der Welt noch materielle Armut herrscht, ganz anders als in den gesättigten Industrieländern. Er sei sich außerdem nicht sicher, ob die Frage nach den Leitideen für die gesättigten Industrieländer in der Projektgruppe 3 beantwortet werden könne.

Abg. Dr. Hermann Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) dankt SV Prof. Dr. Miegel für seine Anmerkungen und erläutert, dass sich die Projektgruppe 3 – wie bereits von SV Prof. Dr. Brand angesprochen – zunächst auf den engen Begriff der Entkopplung konzentriert habe mit den Schwerpunkten Ressourcenverbrauch und Bruttoinlandsprodukt. Die Projektgruppe sei sich

aber sehr bewusst, dass für eine Entkopplung mehr notwendig sei. So sei etwa im Zwischenbericht der Projektgruppe enthalten, dass nicht nur technologische Lösungen gebraucht würden, sondern auch kulturelle und soziale Innovationen. Ohne veränderte Werthaltungen und ein verändertes Verhalten der Menschen würden alle Einsparungen über Effizienzgewinne wieder für materielle Dinge ausgegeben, die dann wiederum den Ressourcenverbrauch erhöhen würden. Insofern seien diese Punkte bereits im Bericht enthalten. Außerdem gebe es in der Projektgruppe 5 unter dem Stichwort „Lebensstile“ die Möglichkeit, auch über Werte zu diskutieren. Vielleicht wäre die am 10. Dezember 2012 von der Projektgruppe 5 gestaltete Plenumsitzung eine Gelegenheit, die Frage der Werte und danach, welche Werthaltungen bestimmte Formen des Konsums und der Produktion begünstigen würden, in der gesamten Kommission zu erörtern.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) regt an, Fragen zur Wohlstandsdiskussion oder anderen soeben angesprochenen grundlegenden Fragen, die nicht ausdrücklich in einer Projektgruppe bearbeitet würden, durchaus mit Papieren und Anregungen auch in die Kommissionssitzungen zu tragen. Es sollte nicht darauf vertraut werden, dass dies schon irgendwo geschehe, dann erfolge es im Zweifel nirgendwo. Hier seien alle Mitglieder aufgerufen, diesen Prozess zu befördern.

Abg. Ulla Lötzer (DIE LINKE.) erläutert, dass sie den Aspekt der Partizipation der Menschen im gesamten Prozess für wichtig halte. Es gehe nicht nur um Werte, sondern auch darum, wie den Menschen eine Mitgestaltung ermöglicht werden könne. Auf globaler Ebene müsse angesprochen werden, wie Allianzen geschaffen werden könnten und wie diese praktisch aussehen könnten. Dabei plädiere sie für eine besondere Betonung der europäischen Ebene aufgrund der wichtigen Rolle der Europäischen Union in den Bereichen Umweltpolitik, Energieeffizienz und Ressourcenpolitik. Außerdem müssten in den Handlungsempfehlungen auch soziale Fragen sowie die Frage des Zugangs zu Ressourcen und des Rechts auf Zugang zu Ressourcen zu globalen Allmenden, wie beispielsweise Wasser, abgedeckt werden.

SV Prof. Dr. Marc Oliver Bettzüge führt aus, dass er den von SV Prof. Dr. Miegel angesprochenen Punkt für außerordentlich bedeutsam halte. In diesem Zusammenhang wolle er auf die Rolle der Energie und des Energieverbrauchs hinweisen. Das heutige Wohlstandsmodell der industrialisierten Länder sei weltweit von zwei Punkten charakterisiert: Es sei erstens energieintensiv und zweitens würde die Energie größtenteils aus

fossilen Brennstoffen gewonnen werden. Beim Primärenergieverbrauch pro Kopf gebe es gravierende Unterschiede weltweit: Während der durchschnittliche jährliche Energieverbrauch weltweit bei etwa 80 Gigajoule pro Kopf liege, betrage dieser Wert für Deutschland 160 Gigajoule. In großen Weltregionen oder Ländern wie Afrika und Indien liege der pro Kopf-Verbrauch dramatisch niedriger als der genannte Durchschnittswert. Zur Verdeutlichung erklärt er, dass 80 Gigajoule pro Jahr in etwa das sei, was 80 Menschen pro Jahr an körperlicher Arbeit leisten könnten. Unser Wohlstand sei maßgeblich davon abhängig, dass wir Energie zur Verfügung hätten. Im Bericht habe sich die Projektgruppe auch mit der Attraktivität energieintensiver Konsummuster auseinandergesetzt und dabei feststellen können, dass es weltweit einen deutlichen Trend zur Übernahme unserer energieintensiven Konsummuster gebe. Es sei nun die wichtige Frage zu klären, welche dieser beiden Dimensionen eine kritische Beschränkung geben würde. So sei die Reduzierung der Carbonintensität im Wesentlichen eine technologische Frage. Wenn aber vor allem die Energieintensität deutlich reduziert werden müsse, stelle sich die Frage, wie man sich dies friedlich in einem ausbalancierten globalen Entwicklungspfad vorstellen könnte.

SV PD Dr. Norbert Reuter regt an, dem Kapitel 7 Informationen dazu voranzustellen, was in diesen angesprochenen Fragen weltweit schon geschehe und welche Ansätze es in einzelnen Ländern gebe.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) dankt noch einmal SV Prof. Dr. Miegel für seine Anregungen und weist darauf hin, dass das Kapitel 7 in der Kommissionssitzung am 19. November 2012 auf der Tagesordnung stehen werde.

Tagesordnungspunkt 2

Beschlussfassung über die Durchführung von öffentlichen Anhörungen am

- 15. Oktober 2012 "Zukunft der Arbeit" mit den Sachverständigen Prof. Dr. Adelheid Biesecker und Prof. Dr. Michael Hüther
- 22. Oktober 2012 "Grundzüge der Ordnungspolitik im Rahmen der europäischen Integration unter Berücksichtigung der Nachhaltigkeit der Verschuldung (öffentlich und privat), der Bedeutung staatlicher Aufgaben und Ausgaben sowie nachhaltige Finanzwirtschaft" mit den Sachverständigen Prof. Dr. Clemens Fuest und Prof. Dr. Gustav A. Horn
- 05. November 2012 "Nachhaltiges Wirtschaften am Beispiel der Chemiebranche, ordnungspolitische Voraussetzungen und Konsequenzen" mit den Sachverständigen Prof. Dr. Uwe Lahl und Dr. Gerd Romanowski

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) ruft sodann den Tagesordnungspunkt 2 auf. Dabei gehe es um den Beschluss über die Durchführung von drei öffentlichen Anhörungen im Oktober und November 2012.

Am 15. Oktober 2012 solle eine Anhörung zum Thema „Zukunft der Arbeit“ mit den Sachverständigen Prof. Dr. Adelheid Biesecker und Prof. Dr. Michael Hüther durchgeführt werden. Am 22. Oktober 2012 solle eine Anhörung zum Thema „Grundzüge der Ordnungspolitik im Rahmen der europäischen Integration unter Berücksichtigung der Nachhaltigkeit der Verschuldung (öffentlich und privat), der Bedeutung staatlicher Aufgaben und Ausgaben sowie nachhaltige Finanzwirtschaft“ mit den Sachverständigen Prof. Dr. Clemens Fuest und Prof. Dr. Gustav A. Horn stattfinden. Für den 05. November 2012 sei eine Anhörung zum Thema „Nachhaltiges Wirtschaften am Beispiel der Chemiebranche, ordnungspolitische Voraussetzungen und Konsequenzen“ mit den Sachverständigen Prof. Dr. Uwe Lahl und Dr. Gerd Romanowski vorgesehen.

Die drei Anhörungen werden einstimmig ohne Enthaltungen beschlossen.

Tagesordnungspunkt 3

Berichte aus den Projektgruppen

Abg. Dr. Hermann Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) berichtet in Vertretung für die Projektgruppenvorsitzende Abg. Leidig aus der Projektgruppe 5. Man habe sich heute Morgen auf die Vergabe eines dritten Gutachtens zum Thema: „Neue Anforderungen durch den Wandel der Arbeitswelt“ geeinigt, nachdem gegenwärtig bereits zwei andere Gutachten zu anderen Themen erarbeitet würden. Außerdem habe man sich auf ein Verfahren geeinigt, um möglichst schnell zu Texten zu kommen. Bis zur nächsten Sitzung der Projektgruppe sollten Gliederungen und grobe Inhaltsangaben der einzelnen Kapitel vorgelegt werden. Anschließend würden den Mitgliedern unter großer Mitwirkung des Sekretariats entsprechende Texte geliefert werden, die dann die jeweiligen Kapitelpaten als Ausgangspunkt nehmen könnten.

Abg. Florian Bernschneider (FDP) berichtet in Vertretung für Abg. Vogelsang aus der heutigen Sitzung der Projektgruppe 2. Man habe sich insbesondere in der Säule „Soziales, Gesellschaft, Teilhabe“ wieder mit der Frage beschäftigt, wie Freiheit und Demokratie messbar gemacht werden könnten, ohne dass jedoch eine abschließende Entscheidung getroffen worden sei. Auf der nächsten Tagesordnung würde auch die Messbarkeit von Bildung stehen.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) ergänzt, dass in dieser Projektgruppe auch über das Thema „Materieller Wohlstand“ diskutiert und dazu ein Beschluss gefasst worden sei und bittet Abg. Bernschneider um eine kurze Erläuterung.

Abg. Florian Bernschneider (FDP) ergänzt, dass bisher vorgesehen gewesen sei, die Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf als einen Leitindikator zu wählen und dahinter in Klammern den Rang des absoluten Bruttoinlandsprodukts für Deutschland im weltweiten Vergleich anzugeben. Die Projektgruppe habe sich heute nun darauf geeinigt, das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf als absolute Zahl zu nehmen, und die Veränderungsrate im Vergleich zum Vorjahr als weiteren Wert. Außerdem solle eine Hinweislampe gesetzt werden, die sich dann melde, wenn es eine Veränderung im weltweiten Rang Deutschlands beim Bruttoinlandsprodukt gebe.

Er berichtet außerdem über den Stand der Arbeit in der Projektgruppe 1, die heute nicht getagt habe. Die Koalitionsfraktionen hätten wie vereinbart zum

19. September 2012 ihren Bericht vorgelegt, der in der Kommissionssitzung am 19. November 2012 diskutiert werden solle. Die Frist für die Einbringung von Sondervoten sei der 31. Oktober 2012. Die Beschlussfassung solle dann am 05. November 2012 erfolgen. Er weist außerdem darauf hin, dass sich die Koalitionsfraktionen vorbehalten würden, zu ihrem vorgelegten Bericht noch eine Einleitung und ein Fazit zu ergänzen.

Tagesordnungspunkt 4

Verschiedenes

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) ruft den Tagesordnungspunkt 4 auf. Hierzu gibt es keine Wortmeldungen. Sie schließt die Sitzung um 16:22 Uhr.

Schluss der Sitzung: 16:22 Uhr

Gae/Was/Hae/Up



Daniela Kolbe, MdB
Vorsitzende